

Der Preis des Wissens

Wieso Open Access notwendig ist um langfristig in der Forschung konkurrenzfähig zu bleiben, wie die Universitäten auf den zunehmenden finanziellen Druck durch die Wissenschaftsverlage reagieren sollen und warum das Urheberrecht reformiert werden muss.

Universitäten sind heute nahezu ausnahmslos damit konfrontiert, dass die notwendigen budgetären Mittel für den Zugriff auf aktuelle Forschungsergebnisse die finanziellen Möglichkeiten zu übersteigen beginnen. Die Hochschulen, ihre Studierenden, vor allem aber die jungen ForscherInnen geraten daher in Zeiten sinkender Budgets immer mehr in Gefahr den Anschluss an den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Arbeit und somit ihren Platz in der internationalen Spitzenforschung zu verlieren. Zudem fließen immer mehr der ohnehin knappen Mittel in die Rezeption der wissenschaftlichen Arbeit anderer Institutionen; es stehen zunehmend weniger Ressourcen für die eigentliche Forschungsarbeit zur Verfügung. Selbst an der renommierten Universität Harvard wird bereits 2012 in einem internen Bericht davor gewarnt, dass der Zugriff auf wissenschaftliche Literatur mittelfristig nicht mehr finanzierbar sein wird. In ärmeren Staaten können sich bereits heute Hochschulen nur einen Bruchteil der notwendigen Zugänge zu Zeitschriften und Datenbanken leisten.

Der Auslöser für diese Situation ist nicht neu. Die Problematik liegt im bereits seit Jahrzehnten praktizierten ‚Abonnement Modell‘ der großen wissenschaftlichen Verlage begründet: Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit werden in Fachzeitschriften publiziert, die wiederum von den Bibliotheken der Universitäten, von denen diese Forschungsergebnisse stammen, abonniert werden müssen, damit ihre eigenen ForscherInnen Zugriff darauf haben. Finanziert wird beides – sowohl die wissenschaftliche Arbeit als auch der Kauf der Zeitschrift – überwiegend aus den Budgets der Universitäten und mit Steuergeldern. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Verlage aufgrund ihrer Monopolstellung in der Lage sind, den Preis für die Abonnements nahezu frei zu diktieren. Jährliche Preissteigerungen zwischen 5% und 15% sind die Regel. Zeitschriften werden nur in Bündeln angeboten, bei denen jede ‚wertvolle‘ Publikation gemeinsam mit einigen ‚Ladenhütern‘ bezogen werden muss.

2001 kommt es, als Ergebnis einer Konferenz, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzt, in Budapest zur Gründung der Budapest Open Access Initiative (BOAI), die heute als Startpunkt der Open Access Bewegung gesehen wird. Im Oktober 2003 wird, als Reaktion auf die BOAI sowie das *Bethesda Statement on Open Access Publishing* die *Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen* formuliert. Sie gilt bis heute als Grundlage der Ziele der Open Access Bewegung. Gleichzeitig entstehen, um die Open Access Publikation von Artikeln zu ermöglichen und zu fördern, Plattformen wie BioMed Central (BMC) oder die Public Library of Science (PLoS). Immer mehr Artikel werden seit 2003, teils auch auf Druck von Fördergebern und Forschungseinrichtungen, im Open Access Modell veröffentlicht. Zahlreiche Hochschulen sind heute Signatoren der Berliner Erklärung und haben eine Open Access Policy, die WissenschaftlerInnen zu Open Access Publikationen verpflichtet. Hierbei wird zwischen der Veröffentlichung in Open Access Publikationen (Goldener Weg) und der Selbstarchivierung in Repositorien (Grüner Weg) unterschieden.

Beim Goldenen Weg werden die Kosten für die Publikation und die peer reviews über Article Processing Charges (APCs), die sich meist in der Höhe von mehreren tausend Euro bewegen, finanziert. Bei der Hybrid Variante dieses Modells zahlen AutorInnen die APCs um ihre Publikation vor Ablauf einer Sperrfrist auch für Nicht-Abonnenten zugänglich zu machen. Durch diese Vorgangsweise erfolgt eine Umlagerung der finanziellen Belastung von den AbonnentInnen der Zeitschriften zu den AutorInnen der Artikel. Die Finanzierung der APCs erfolgt dabei in den meisten Fällen durch die Institutionen oder die Fördergeber.

Hauptkritikpunkt am Goldenen Weg ist der Umstand, dass Gelder, die für die Forschung vorgesehen sind, für die Publikation der Forschungsergebnisse verwendet werden. Modelle wie jenes der Research Councils UK oder des FWF in Österreich, die sich selber als Vorreiter in Sachen Open Access feiern, sind in diesem Zusammenhang kritisch zu betrachten, weil sie jährlich Millionen Euros an Steuergeldern in den Erhalt dieses nicht nachhaltigen Systems pumpen.

Beim Grünen Weg, der auch als Selbst-Archivierung bezeichnet wird, legen die AutorInnen ihre Publikationen und Artikel in institutionellen oder fachspezifischen Repositorien ab, diese stehen so einer breiten Öffentlichkeit sofort zur Verfügung. Im Normalfall wird derzeit entweder ein Preprint oder ein bereits peer reviewter Postprint archiviert. Während der Preprint, zwar bei der Zeitschrift eingereicht aber noch nicht von anderen WissenschaftlerInnen bewertet (peer reviewed) worden ist, handelt es sich beim Postprint um die zum Abdruck vorgesehene Version eines Textes mit allen durch die Reviewer geforderten Änderungen. Verlage mit einer Green Open Access Policy erlauben zwar eine solche Selbst-Archivierung durch die AutorInnen, viele bestehen aber auf einer Sperrfrist von 12 Monaten, bevor der Upload in ein Repository erfolgen darf.

Zahlreiche Hochschulen und Forschungseinrichtungen versuchen heute durch Open Access Policies eine Grundlage für eine Selbst-Archivierung zu schaffen. Aufgrund des Einflusses großer Verlage enthalten viele dieser Policies aber meist eine Opt-Out Klausel und bleiben daher in den meisten Fällen ohne größere Auswirkung.

Aktuelle Initiativen in der Gesetzgebung, wie zum Beispiel das 2014 in Deutschland in Kraft getretene Recht auf Zweitveröffentlichung oder die Anpassung des Urheberrechts in Österreich versuchen auf das Problem einzugehen, fassen aber zu kurz: Eine Sperrfrist von 12 Monaten ist zu lang um einen Zugriff auf wirklich aktuelle Forschungsergebnisse zu sichern und unterstützt schlussendlich die Politik der Verlage. Nur eine einheitliche Vorgabe innerhalb der EU Forschungsergebnisse, die mit Geldern der öffentlichen Hand erarbeitet worden sind, sofort frei zugänglich zu publizieren wird zu einer grundlegenden Änderung in diesem System führen.

Am 25. Jänner diskutieren internationale ExpertInnen, wieso Open Access notwendig ist um langfristig in der Forschung konkurrenzfähig zu bleiben, wie die Universitäten auf den zunehmenden finanziellen Druck durch die Wissenschaftsverlage reagieren sollen und warum das Urheberrecht reformiert werden muss. Moderiert wird das Gespräch, das von der Universität Innsbruck, dem Arbeitskreis WuV und Innsbruck Open veranstaltet wird, von Eva Lichtenberger.

Die Veranstaltung findet ab 19 Uhr in der Aula der Universität Innsbruck, Innrain 52, statt. Ein Live Stream der Veranstaltung wird ebenfalls angeboten.